



Finanzgruppe

Deutscher Sparkassen- und Giroverband

Es gilt das gesprochene Wort

Statement

des Präsidenten des
Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes

Helmut Schleweis

anlässlich der Bilanzpressekonferenz der
Sparkassen-Finanzgruppe
am Mittwoch, den 10. März 2021 in Berlin

Meine Damen und Herren,

herzlich willkommen zur Bilanz-Pressekonferenz der Sparkassen-Finanzgruppe.

Vor einem Jahr haben wir diese Bilanz-Pressekonferenz schon einmal ausschließlich online durchgeführt. Damals haben wir allerdings noch nicht geahnt, wie lange dieser Zustand anhalten wird. Nach rund einem Jahr Corona ist die Welt eine andere. Deshalb muss das Jahresergebnis 2020 der Sparkassen anders als in den Vorjahren eingeordnet – und anders präsentiert werden. Denn für uns stand 2020 nicht im Vordergrund, Marktanteile oder Gewinne zu steigern. Wichtig war, unseren Kunden durch diese schwierige Zeit zu helfen. Darauf haben wir uns konzentriert. Und das hat im Ergebnis auch zu bemerkenswerten Veränderungen in den Geschäftszahlen geführt. Ich möchte das an drei grundsätzlichen Entwicklungen verdeutlichen. Vor diesem Hintergrund werde ich manche Einzelzahl etwas vernachlässigen. Sie können diese alle aus den beigefügten Unterlagen ersehen.

Erstens: In Krisenzeiten wird den Menschen bewusst, welche Bedeutung solide Sparkassen für sie haben. Das ohnehin sehr hohe Vertrauen in die Sparkassen ist 2020 nochmals um außergewöhnliche sechs Prozentpunkte gestiegen. Eine Folge dieses enormen Vertrauenszuwachses ist, dass uns immer mehr Einlagen anvertraut werden. Und genau das schafft bei uns in Zeiten negativer Marktzinsen große betriebswirtschaftliche Herausforderungen. Und für unsere Kunden die Gefahr realer Wertverluste. Für beide – Sparkassen wie Kunden – besteht deshalb hier Handlungsbedarf.

Zweitens: 2020 war das Jahr der Hilfe in der Krise. Wir haben mit zusätzlichen Krediten und Aussetzungen von vereinbarten Kreditzahlungen dort geholfen, wo sehr plötzlich wirtschaftliche Einbrüche aufgetreten sind und staatliche Hilfen nicht oder noch nicht erreichbar waren. Die Fairness gebietet es zu sagen: Die gesamte deutsche Kreditwirtschaft hat jeweils ihren Anteil geschultert. Natürlich lag der weitaus größte Anteil entsprechend der Marktbedeutung bei Sparkassen und Landesbanken. Ohne dieses Engagement hätte Deutschland bereits erhebliche wirtschaftliche Verwerfungen erlitten. Wir haben viele Unternehmen erhalten und Arbeitsplätze bewahrt.

Drittens: 2020 war das Jahr der Digitalisierung. Sie wissen, dass sich diese Herausforderung an vielen Stellen unserer Gesellschaft pandemiebedingt mit neuer Dringlichkeit gestellt hat. Vielfach sind dabei in Deutschland grundlegende Mängel deutlich geworden. Bei uns hat es ausnahmslos gut geklappt. Wir haben unsere digitalen Dienstleistungen breit in die Bevölkerung getragen und die Nutzerzahlen deutlich ausgeweitet. Damit haben wir den Menschen und den Unternehmen das Leben in dieser schwierigen Zeit deutlich erleichtert.

Ich möchte vor allem auf diese drei wichtigen Entwicklungen bei der Darstellung der Markt- und Ertragsentwicklung näher eingehen.

I. Marktentwicklung

Einlagen und Alternativen

Unsere Kundinnen und Kunden haben 2020 neue Einlagen in Höhe von 79,1 Milliarden Euro zu den Sparkassen gebracht. Dieses Plus von 7,9 % ist ein Rekordwert – und Ausdruck riesigen Vertrauens: Die Kunden wissen, dass ihr Geld bei der Sparkasse sicher verwahrt wird. Wir freuen uns über diesen Vertrauensbeweis – und gleichzeitig nimmt uns diese heftige liebevolle Umarmung zunehmend betriebswirtschaftlich die Luft zum Atmen. Denn bereits seit vielen Jahren befinden wir uns in einem Negativzinsumfeld. Es ist sehr viel Geld im Markt – und in den alternden Gesellschaften in Europa erfolgen derzeit zu wenig attraktive Investitionen. Wo viel Angebot, aber weniger Nachfrage besteht, sinkt der Preis – das ist ein normaler Marktmechanismus. Und dieser Effekt wird seit Jahren durch die EZB und weltweit durch praktisch alle Notenbanken verschärft. Die Zentralbanken pumpen immer mehr Geld in den Markt. Und gleichzeitig kauft etwa die EZB den Instituten und anderen institutionellen Investoren über ihre Ankaufprogramme sichere und rentierliche Anlagen buchstäblich weg. Auf diese Weise sind die Marktzinsen in einen negativen Bereich gedrückt worden. Sparkassen können damit immer schneller wachsende Einlagenvolumina kaum mehr rentierlich anlegen. Sie müssen darauf zusätzlich die – steuerlich nicht abzugsfähige - Bankenabgabe zahlen und regulatorisch deutlich erhöhte Sicherungsmittel zurücklegen.

Hinzu kommen die Verwahr- und Abwicklungskosten, die früher als Preisbestandteil positiver Marktzinsen für Kunden nicht gesondert sichtbar wurden. Das alles zusammen bedeutet: Zusätzliche Einlagen bringen Sparkassen heute keinen Zinskonditionenbeitrag mehr. Sie kosten real Geld. Darauf müssen die Sparkassen – wie andere Kreditinstitute auch - unter Marktbedingungen natürlich reagieren. Alles andere wäre für Institute, die für ihre Kunden dauerhaft Stabilität sicherstellen müssen, unverantwortlich. Deshalb kommt es zu Kündigungen von aus heutiger Sicht zu hoch verzinsten Einlagen im Sparbereich – und zum Teil auch zu Verwahrtgelten bei Sicht- und Termingeldern. Das ist eine zwingende Folge der Geldpolitik – und für Kreditinstitute nicht vermeidbar. Seit Jahren weisen wir darauf hin und haben auch davor gewarnt, dass dieser Tag zwangsläufig kommen wird.

Sparkassen wie Kunden haben damit das gleiche Problem: Einlagen kosten real Geld und verlieren schrittweise ihren Wert. Genau deshalb müssen und wollen wir mit unseren Kunden gemeinsam Alternativen finden – und die finden wir heute fast ausschließlich in Sachwerten,

also vor allem in Immobilien und an den Kapitalmärkten.

Wohnungsbaugeschäft

Als Folge der Pandemie ist nach Ermittlungen unserer Landesbausparkassen bei 30 Prozent der Mieter der Wunsch nach einem Eigenheim gewachsen. Mit guter Beratung diesen Menschen, vor allem jungen Familien, zu Eigentum zu verhelfen und neue Wohnungen zu finanzieren, war deshalb 2020 ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Deutschland braucht pro Jahr 300.000 bis 400.000 neue Wohnungen. Die Wohneigentumsquote in Deutschland ist die niedrigste in der EU. Und trotz hoher Bautätigkeit ist sie zuletzt wieder gesunken. Sparkassen und Landesbausparkassen bringen in Deutschland mit großem Abstand die meisten Menschen in die eigenen vier Wände – das kann ein Einfamilienhaus oder auch eine Eigentumswohnung sein.

Auch 2020 haben wir hier einen ganz entscheidenden Beitrag leisten können. Das Neugeschäft der Sparkassen bei privaten Wohnungsbaukrediten belief sich auf den Rekordwert von 67 Milliarden Euro. Das ist gegenüber dem bisherigen Bestwert aus 2019 noch einmal ein deutliches Plus von 13,7 %. Entgegen den Befürchtungen zu Beginn der Pandemie hat die Dynamik nicht nachgelassen – auch unter den Lockdown-Bedingungen im vierten Quartal lagen die Werte über dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Wertpapiergeschäft

Die zweite und wahrscheinlich wichtigste Alternative zum traditionellen Einlagensparen ist das Wertpapiersparen. Für die Breite der Bevölkerung ist das eine der wenigen Möglichkeiten, überhaupt am volkswirtschaftlichen Wertzuwachs teilzuhaben und dem negativen Zins und dem damit einhergehenden Kaufkraftverlust zu entgehen. Wir haben immer gewusst: Die Wertpapierkultur in der Breite können nur die Sparkassen entwickeln, zusammen mit der Deka und unseren Versicherungen.

Jahrelang haben wir daran gearbeitet – 2020 haben wir einen Durchbruch erreicht: Die Anzahl der Depots bei den Sparkassen und der DekaBank stieg innerhalb eines Jahres um 238.000. Und mit plus 19,1 Milliarden Euro wurde der höchste Nettoabsatz der letzten 20 Jahre erreicht. Die Kunden haben vor allem in Investmentfonds angelegt (+14,1 Milliarden Euro). Mit plus 4,7 Milliarden Euro war aber auch der Nettoabsatz von Aktien deutlich positiv. In unseren Beratungen ist aber eine Botschaft sehr wichtig: Wertpapiersparen muss mit einer langfristigen Anlage-Perspektive erfolgen. Denn in der derzeit volatilen Wirtschaftslage können wir kurzfristige Rückschläge an den Kapitalmärkten nicht ausschließen. Bei dieser Philosophie hilft der Trend hin zu nachhaltigen Kapitalanlagen. Damit meine ich nicht nur ökologisch verantwortliche Investments. Sondern solche, die zugleich soziale Aspekte berücksichtigen. Und darüber hinaus gehört zu einem umfassenden Nachhaltigkeitsverständnis auch, dass solche Investments auf Dauer ökonomisch tragen.

Hier haben wir in unserer Angebotspalette 2020 große Fortschritte gemacht: Die Deka etwa bietet inzwischen 66 Nachhaltigkeitsfonds an. Damit sich auch die Sparkassen in ihrem Depot A nachhaltiger aufstellen können, haben Deka, LBBW und Helaba in dieser Woche einen neuen „Green Bond“ der Europäischen Investitionsbank platziert - als Folge der Selbstverpflichtung der Sparkassen. Diese Anleihe wird exklusiv in der Sparkassen-Finanzgruppe vermarktet, gezeichnet werden kann sie von den Instituten noch bis morgen. Diese Zusammenarbeit mit der EIB ist ein starkes Zeichen für die stetig steigende Bedeutung nachhaltiger Investments in unserer Gruppe. Und die Sparkassen haben Nachhaltigkeit inzwischen standardmäßig in die Beratungsprozesse integriert. Hier sind wir in Deutschland in der Breite führend. Dieser Prozess ist inzwischen bei 223 Sparkassen eingeführt. Sie beraten inzwischen jeden Kunden, jede Kundin immer mit Blick auf nachhaltige Geldanlagen. Alle anderen Sparkassen werden dies bis Ende April nach dem entsprechenden technischen Rollout in ihren Beratungsprozess integrieren.

Geldvermögensbildung

Durch die hohen Bestandszuwächse im Einlagengeschäft und den hohen positiven Nettoabsatz im Wertpapiergeschäft haben unsere Kunden mehr Geldvermögen gebildet als jemals zuvor. Unter Einbeziehung des Bauspar- und Lebensversicherungsgeschäftes ist das Geldvermögen der Sparkassenkunden 2020 um 100,2 Milliarden Euro gewachsen – gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 69,4 Prozent. Privatpersonen waren daran mit plus 70,9 Milliarden Euro beteiligt – immerhin noch eine Zuwachssteigerung von 43,7 Prozent.

Unternehmens-Kreditgeschäft

Meine Damen und Herren, unsere Helden des vergangenen Jahres waren unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im direkten Kundenkontakt, darunter auch unsere Firmenkundenberaterinnen und –berater. Noch im Februar letzten Jahres gingen wir von einem vergleichsweise normalen Jahr mit guter Wirtschaftsentwicklung aus. Und ab März brach ein Sturm über uns los. Sie erinnern sich: Es gab einen Run der Unternehmen auf die Hausbanken - auf der Suche nach neuen Krediten, Hilfskrediten und Kreditstundungen. Allein in den ersten 10 Wochen der Pandemie wurden in den Sparkassen über 1,4 Millionen Beratungsgespräche mit gewerblichen Kunden geführt. Ohne eine flächendeckende Präsenz, ohne unsere vielen tausend Firmenkundenberaterinnen und –berater vor Ort und ohne jahrelang gewachsene Vertrauensbeziehungen hätten wir das nie und nimmer bewältigen können. Mehr noch: Deutschland hätte das nicht bewältigen können. Wieder einmal hat sich gerade in der Krise gezeigt, wie wichtig unsere dezentrale Bankenstruktur ist. Natürlich waren die Hilfsprogramme von Bund und Ländern wichtig. Und vor allem die KfW hatte eine wichtige Rolle in deren Konzeption. Sie allein hätte aber wenig bewirken können: Denn es brauchte jemanden vor Ort, der im Dickicht der sich sehr schnell ändernden staatlichen Programme Orientierung schaffte – und den Förderinstituten bei der Prüfung der Kreditwürdigkeit und der

Geschäftsaussichten die Arbeit abgenommen hat. Es brauchte jemanden, der laufende Kreditverpflichtungen stundete. In über 160.000 Fällen haben die Sparkassen das gemacht – mit insgesamt sehr guten Erfahrungen. Wir können unseren Kunden vertrauen. Es brauchte jemanden, der vorfinanzierte, bevor die Hilfsprogramme aufgesetzt waren oder die Mittel die Firmenkunden erreicht hatten. Denn – auch das muss gesagt werden: Die deutschen Programme sind im Volumen und ihrer Ausgestaltung weltweit einzigartig. Die Komplexität und die deutsche Bürokratie sind es aber auch. Echte Hilfe kommt da im Schneckentempo. Noch immer haben wir viele Firmenkunden, die nicht einmal die Vorschüsse auf die November- und Dezemberhilfen gesehen haben – von den eigentlichen Auszahlungen spreche ich noch gar nicht. Wir haben in vielen Fällen unmittelbar helfen können.

Aber in allem Ernst: Es braucht hier – und auch an anderer Stelle – deutlich mehr Tempo in den staatlichen Systemen! Die staatlichen Systeme sind zu komplex und nicht digital genug. Nach Corona ist hier ein echter Modernisierungsschub nötig. In der Krise braucht es vor Ort jemanden, der selbst bereit war und ist, ins Obligo zu gehen. In den meisten Fällen in Deutschland waren das die Sparkassen und Landesbanken: Allein die Sparkassen haben 2020 Unternehmen und Selbständigen neue Kredite in Höhe von 106,4 Milliarden Euro zugesagt. Das sind 13,1 Milliarden Euro oder 14,1 Prozent mehr als im Vorjahr. KfW-Förderkredite wurden - Stand 10. Februar - in Höhe von rund acht Milliarden Euro zugesagt. Mit den KfW-Schnellkrediten, die als Treuhandkredite nicht in der Bilanz der Institute auftauchen, sind es sogar gut 14 Milliarden Euro. Diesen liegen insgesamt 46.400 bewilligte Anträge von Sparkassenkunden zu Grunde.

Auch wenn man die Förderprogramme der Länder mitberücksichtigt, machen diese Zahlen schnell deutlich: Den weit überwiegenden Teil der Unterstützung für ihre Kunden haben die Sparkassen aus eigenen Mitteln gestemmt. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch etwas zur Belastung unserer Kunden durch die Lockdown-Maßnahmen sagen: Zwar ist Deutschland - zumindest gesamtwirtschaftlich - bisher leidlich gut durch die Coronakrise gekommen - auch im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn.

Die Umsätze der Firmen- und Gewerbetunden der Sparkassen insgesamt sind im Jahr 2020 trotz der Corona-Pandemie nur moderat zurückgegangen. Das ist aber eine Durchschnittsbetrachtung. Sie basiert wesentlich darauf, dass die Industrie vergleichsweise gut läuft und wenig vom Lockdown betroffen ist. Für einzelne Branchen und einzelne Unternehmen sind die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie inzwischen existenzbedrohend. Hotels und Reisebüros etwa oder auch Messe- Ausstellungs- und Kongressveranstalter müssen drastische Einbußen verkraften. Und vor allem bei Solo-Selbständigen sowie dem gesamten Kulturbereich sieht die Lage meist sehr kritisch aus. Wir sehen das sehr genau in unseren Zahlen, die wir nach Branchen einzeln auswerten können – hinsichtlich Umsätzen, Verzugtagen, Kreditaussetzungen und Ausfallereignissen. Im Mai 2020 etwa hatten rund

sieben Prozent unserer mittelständischen Unternehmenskunden Zahlungen für ihre Kredite ausgesetzt. Seitdem war der Anteil rückläufig, zuletzt lag er im Dezember 2020 bei knapp unter zwei Prozent. Für 2020 bedeutete das: Die Prognosen für den Wertberichtigungsbedarf bei Krediten waren ursprünglich bei uns zu pessimistisch. Die tatsächliche Risikovorsorge war niedriger als erwartet.

Jetzt sind wir aber im Jahr 2021. Und jetzt verschärft sich die Lage wieder: Über alle Branchen hinweg sehen wir, dass die Umsätze im Januar stark zurückgegangen sind und deutlich unter dem Vorjahresmonat liegen. Gastronomie und Beherbergungsgewerbe sind besonders betroffen. Und auch im Finanzrating der größeren Unternehmen zeigen sich deutlich Belastungen. Es geht also zum Teil jetzt an die wirtschaftliche Substanz. Deshalb möchte ich im Interesse unserer gewerblichen Kunden etwas zum Lockdown und der weiteren Perspektive sagen:

Wir dürfen nicht vergessen, dass mit und durch Corona über 70.000 Menschen in Deutschland gestorben sind. Gesundheitsschutz muss oberste Priorität haben. Allerdings müssen wir alle lernen, Corona zu bändigen und dennoch schrittweise wieder zu einem normaleren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben zurückzukehren. Denn wir werden uns nicht auf viele Monate hinaus zu Hause einschließen können.

Deshalb möchte ich für die weiteren politischen Entscheidungen in der Corona-Pandemie zwei Gesichtspunkte zu bedenken geben:

Erstens: In der letzten Woche sind bereits erste Lockerungsschritte verabredet worden. Allerdings wäre es für alle Beteiligten kalkulierbarer, wenn die weitere Reihenfolge von Öffnungen deutlicher an dem Beitrag der Sektoren zum Infektionsgeschehen festgemacht würde. Das gilt auch für das damit einhergehende Infektionsrisiko. Das RKI hat das jüngst in einer Studie gut untersucht. Danach ist etwa das Infektionsrisiko im Hotelgewerbe besonders niedrig. Dennoch wurde hier bisher keine belastbare Öffnungsperspektive aufgezeigt. Für den Einzelhandel gilt ähnliches. Dies sind aber Wirtschaftsbereiche, die durch den Lockdown erheblich betroffen sind – und vielfach noch keine wirksamen Hilfen erhalten haben. Sie sollten deshalb stärker im politischen Fokus stehen.

Und zweitens: Nach einem Jahr Corona wissen wir: Dieses Virus wird uns - auch in den Mutationen - noch sehr lange begleiten. Wir alle müssen lernen, im Alltag verantwortungsvoll damit umzugehen. Schnelles Impfen ist natürlich der Königsweg. Wir freuen uns, dass demnächst von CureVac ein weiterer Impfstoff auf den Markt kommt – ein Unternehmen, das öffentlich von sich sagt, dass es seine Existenz der Zusammenarbeit mit einer Sparkasse verdankt. Noch auf längere Sicht wird aber dem Testen und auch neuen Behandlungsmethoden eine ganz wichtige Rolle zukommen.

Wir regen deshalb an, dass Öffnungsperspektiven im Wirtschafts- und Kulturbereich stärker daran orientiert werden sollten, dass überzeugende Test-, Präventions- und

Hygienestrategien vorgelegt werden. Denn eine gute Strategie zur Bekämpfung von Corona wird nur funktionieren, wenn sie durch die breite Bevölkerung und die Unternehmen getragen wird. Hier bröckelt die Unterstützung. Deshalb braucht es eine Weiterentwicklung der Strategie, in der die Menschen selbst aktiv etwas tun können und nicht nur warten müssen.

Payment und Digitalisierung

Lange waren Kundinnen und Kunden in Deutschland zurückhaltend gegenüber digitalen und mobilen Bezahlangeboten. Das hat sich in Corona-Zeiten grundlegend geändert. Die Sparkassen haben im Corona-Jahr 2020 bei der Digitalisierung ihre PS auf die Straße bringen können – und kräftige Zuwächse erreicht. Das gilt im Online-Banking und im Payment. Rund 57 Millionen Sparkassen-Konten sind heute online-fähig. Dahinter stehen 23 Millionen Online-Banking-Nutzer - eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 8 Prozent. Die S-App hat jetzt 11 Millionen Nutzer – rund 18 Prozent mehr als noch vor einem Jahr. 69 Prozent von ihnen nutzen die App täglich. Damit ist sie zum wichtigsten Zugangskanal der Kunden zu ihrer Sparkasse geworden.

22,2 Millionen Kunden haben ein elektronisches Postfach, um sicher in unseren Systemen mit ihrer Sparkasse zu kommunizieren. Und einen ähnlichen Schub haben wir auch im Payment gesehen.

- 2,6 Milliarden Mal haben Sparkassen-Kunden 2020 mit der *girocard* gezahlt – das entspricht fast der Hälfte aller *girocard*-Zahlungen in Deutschland und einer Steigerung um 500 Millionen Transaktionen gegenüber 2019 - ein Rekordwert.
- Die Quote der Kontaktloszahlungen lag zuletzt bei 66,8 Prozent. Damit haben wir es in kürzester Zeit geschafft, diese Technologie zum Marktstandard zu machen.
- 1,5 Millionen Sparkassen-Kunden nutzen inzwischen *Apple Pay* – seit letztem Jahr auch mit der *girocard*. Und insgesamt 1,9 Millionen Mal wurde die App *Mobiles Bezahlen* für Android heruntergeladen.
- Allein im Dezember zahlten unsere Kunden mit *Mobiles Bezahlen* 1,5 Millionen Mal – das ist eine Vervierfachung. Es gibt auch schönes exponentielles Wachstum!
- Bis Mitte des Jahres werden wir für unsere Kunden die Möglichkeit schaffen, die *girocard* in *Apple Pay* auch für Zahlungen in Apps und auf Webseiten zu nutzen.
- Auch im Segment der Echtzeit-Überweisungen ist die Sparkassen-Finanzgruppe Marktführer. Inzwischen werden für unsere Kunden bereits 100 Millionen Echtzeitzahlungen pro Jahr ausgeführt. Weitere innovative Serviceleistungen rund um Instant Payments werden schon bald folgen.
- Mit der deutschen Kreditwirtschaft arbeiten wir im europäischen Rahmen daran, gemeinsam relevante Alternativen zu internationalen Anbietern zu schaffen. Wir wollen, dass Unternehmen und Privatkunden in Deutschland unabhängig von

internationalen Anbietern bezahlen können. Deshalb werden europäische „Champions“ gebraucht.

Und genau deshalb engagiert sich die Sparkassen-Finanzgruppe bei *#Digitale Kreditwirtschaft* und der *European Payment-Initiative (EPI)*. Beide Initiativen dienen dem Aufbau deutscher bzw. europäischer Akzeptanznetzwerke und Zahlungslösungen.

Wir freuen uns, dass es hier zu einer engen Zusammenarbeit aller relevanten Kreditinstitute in Deutschland kommt und dass wir dazu einen substanziellen Beitrag leisten können. Dieses Feld hat für uns erhebliche strategische Bedeutung.

II. Rentabilität der Sparkassen

Nun einige Worte zur Rentabilität der Sparkassen. Die Sparkassen haben im Kundengeschäft 2020 große Erfolge erzielt. Bei negativen Marktzinsen bleibt davon aber immer weniger übrig. Unter den gegebenen Umständen sind die Sparkassen robust durch das Jahr 2020 gekommen. Tatsächlich leben wir aber in einer geldpolitischen Negativzinswelt, in der wir täglich gegen einen gewollten Zinsschwund anarbeiten müssen.

Es muss sehr viel mehr gearbeitet werden, sehr viel mehr Geschäft gemacht und sehr viel mehr eingespart werden, um noch auskömmliche Ergebnisse zu erzielen. Vor diesem Hintergrund lautet die Botschaft für unsere Kunden und unsere Träger: Die Sparkassen sind stabil durch das Jahr 2020 gekommen. Sie haben die Kraft, die vor uns stehenden Herausforderungen zu bestehen und die Kunden verlässlich zu begleiten.

Für alle Freunde der DBS-Betrachtung möchte ich eine wichtige Information vorausschicken: Bei einer pandemieverursachten enormen Steigerung der Bilanzsumme von 7,1 Prozent – das ist das höchste Bilanzwachstum seit über 20 Jahren – ist diese Sichtweise wenig aussagefähig.

Ich liefere Ihnen deshalb absolute Zahlen und deren Veränderung zum Vorjahr. Sie wissen, dass das Geschäftsmodell der Sparkassen ganz wesentlich auf dem **Zinsüberschuss** beruht. Hier macht sich 2020 die Negativzinswelt mit minus 662 Millionen Euro sehr deutlich bemerkbar. Ohne das hervorragende Baufinanzierungsgeschäft wäre der Rückgang noch deutlicher gewesen.

Corona wird irgendwann gehen, die Niedrigst- oder sogar Negativzinsen bleiben. Dieser Effekt wird deshalb auch in den kommenden Jahren anhalten. Die Sparkassen müssen da weiter gegensteuern. Das wird für alle eine harte Zeit: Durch Einsparungen, durch mehr Provisionsgeschäft und unter Umständen auch durch Konditionenanpassungen. Schon vor Jahren hatten wir auf die japanischen Erfahrungen hingewiesen, dass die dortige expansive Geldpolitik zu höheren Bankentgelten geführt hat. Etwas abfedern lässt sich dies nur, wenn die bei der EZB gehaltenen Mittel nicht auch noch mit Strafzinsen belegt werden. Denn allein das hat die Sparkassen im vergangenen Jahr rund 120 Millionen Euro gekostet.

Würden die Einlagen 2021 auf dem Stand Ende Januar bleiben, würde sich dieser Betrag in diesem Jahr bereits auf mehr als 240 Millionen Euro verdoppeln. Und vermutlich werden die Einlagen ja sogar weiter steigen.

Zuviel ist zuviel: Die Geldpolitik nimmt uns bereits weithin die Ertragsmöglichkeiten. Jetzt können wir nicht auch noch immer Einlagenzinsen direkt an die EZB zahlen. Im Interesse unserer Kunden fordern wir deshalb, dass der Freistellungsfaktor für Einlagen bei der EZB nochmals deutlich erhöht wird.

Den Sparkassen ist es gelungen, den **Provisionsüberschuss** 2020 um 197 Millionen Euro zu steigern und damit zumindest einen Teil des Rückgangs im Zinsüberschuss auszugleichen. Das entspricht einem Plus von 2,4 Prozent. Der **Verwaltungsaufwand** konnte um 253 Millionen Euro auf 19 Milliarden Euro reduziert werden. Darunter sind um 168 Millionen Euro geringere Personalaufwendungen. Um 2,7 Prozent haben die Sparkassen über Fluktuationen und altersbedingtes Ausscheiden Personal abgebaut – das entspricht 4.500 Mitarbeiterkapazitäten.

Das **Betriebsergebnis vor Bewertung** beträgt 9,4 Milliarden Euro. Es liegt damit 207 Millionen Euro unter dem Vorjahr. Das **Bewertungsergebnis** steigt spürbar um 320 Millionen Euro bzw. 7,6 Prozent auf 4,5 Milliarden Euro. Hier schlägt sich die um 783 Millionen Euro gestiegene **Risikoversorge im Kreditgeschäft** nieder. Ursache sind die Belastungen aus den Lockdowns im Frühjahr und vor dem Jahreswechsel, insbesondere für den stationären Einzelhandel und die Gastronomie.

Die **Risikoversorge im Kreditgeschäft** fällt 2020 allerdings geringer aus als wir ursprünglich selbst kalkuliert hatten. Natürlich wissen wir, dass 2021 und auch 2022 noch erhöhte Insolvenzzahlen und damit zusätzliche Kreditausfälle zu erwarten sind. Weil auch Externe für 2020 eine höhere Kreditvorsorge erwartet hatten, möchte ich auf eines hinweisen: Sparkassen können bei der Bildung der Risikoreserven nicht frei agieren, sondern unterliegen engen Bewertungsvorschriften nach dem HGB sowie komplizierten steuerlichen Vorschriften.

Kenner der Sparkassen wissen, dass ein wichtiges Instrument der Krisenprävention die **Vorsorgereserven** sind. Sie wissen aus unseren Berichterstattungen, dass diese in den letzten Jahren oft mit über 4 Mrd. Euro jährlich erhöht wurden. Damit wurde ein gutes Kapitalpolster geschaffen, mit dem die Sparkassen die Belastungen der nächsten Jahre bewältigen können. Und sogar im schwierigen Jahr 2020 konnten weitere 2,7 Mrd. Euro den Vorsorgereserven zugeführt werden. Das Ergebnis vor Steuern beträgt 4,1 Mrd. Euro. Das sind 145 Mio. Euro weniger als 2019 – aber ein im Wettbewerbsvergleich sehr achtbares Ergebnis.

2,5 Mrd. Euro werden die Sparkassen an Steuern an die öffentliche Hand zahlen. Das Jahresergebnis nach Steuern beträgt 1,6 Mrd. Euro. Zum Jahresende 2020 weisen die Sparkassen ein aufsichtsrechtliches Eigenkapital i. H. v. 133,2 Mrd. Euro aus. Das sind 5,3 Mrd.

Euro mehr als im Vorjahr – nahezu ausschließlich hartes Kernkapital. Ende 2020 liegt die Gesamtkapitalquote bei 17,55 %; die Kernkapitalquote beläuft sich auf 16,42 % und für die harte Kernkapitalquote errechnet sich ein Wert von 16,40 %. Trotz der weiter angestiegenen Risikoaktiva liegen die Quoten damit über den Werten von 2019 und alle regulatorischen Anforderungen werden unverändert deutlich übertroffen. Die Sparkassen sind auch in Krisenzeiten stabil!

III. **Aktuelles**

Meine Damen und Herren, ich verzichte darauf, Ihnen die Zahlen zu den Verbundunternehmen im Detail vorzutragen. Sie können diese den Unterlagen entnehmen. Ich möchte stattdessen zwei aktuelle Themen ansprechen: die Diskussion um Prämiensparverträge einerseits und Veränderungen unserer Verbundstrukturen andererseits.

Prämiensparverträge

Durch Verbraucherverbände wird derzeit pauschal behauptet, Sparkassen hätten ihren Kunden bei Prämiensparverträgen Zinsen falsch berechnet. Das ist unzutreffend. Leider hat sich die BaFin augenscheinlich diese unzutreffende Sichtweise zu eigen gemacht.

Ich möchte Ihnen deshalb die – zugegeben nicht einfachen Zusammenhänge – kurz erläutern:

- Prämiensparverträge sind lang laufende Sparverträge, bei denen Kunden eine laufende Verzinsung und – je nach Ausgestaltung – eine vergleichsweise hohe Prämie auf die jährlichen Einzahlungen erhalten. Die Prämie kann bei langlaufenden Verträgen 50 oder sogar 100 % betragen. Es handelt sich also um für die Kunden höchst attraktive Produkte.
- Die Prämie ist für die Kunden viel bedeutsamer als die laufende Verzinsung. Um letztere allerdings streiten wir aktuell mit der Verbraucherlobby. Bis 2004 wurde die Verzinsung in der gesamten Branche jeweils durch die Institute selbst an die Marktentwicklung angepasst. 2004 hat der BGH entschieden, dass ein fester Referenzzinssatz erforderlich ist. Seitdem sehen unsere Musterverträge dies vor.
- Die damals laufenden Verträge wurden entsprechend der BGH-Rechtsprechung umgestellt und mit einem festen Referenzzinssatz versehen. Darüber wurden die Kunden allerdings nicht ausdrücklich informiert. Sicher wäre es besser gewesen, transparenter zu agieren. Denn wir haben nichts zu verbergen. An der Korrektheit der Berechnung hätte dies aber nichts geändert.
- Mit den Verbraucherschützern streiten wir heute vor allem um die technische Frage, ob der Zinsabstand zum Referenzzinssatz absolut oder relativ ausgestaltet sein muss. Beides hatte der BGH 2004 zugelassen. Aus unserer Sicht war die Einführung eines absoluten Abstands für Kunden berechenbarer und deshalb besser. Übrigens nutzt der

Gesetzgeber selbst aus guten Gründen bei Verbrauchern absolute Abstände zu Referenzzinsen. Schauen Sie nur in § 288 BGB.

- In Zeiten hoher Zinsen hatten Verbraucherverbände und die BaFin nichts gegen diesen absoluten Zinsabstand einzuwenden. Seitdem wir allerdings in einer Niedrigzinswelt leben, halten sie diese Berechnungsmethode plötzlich für unzulässig. Das ist kein faires Vorgehen. Wir sind der Auffassung, dass die Zulässigkeit einer Zinsberechnungsmethode nicht davon abhängig sein kann, in welcher Zinswelt man lebt, wer also in der jeweiligen Situation gerade mehr oder weniger profitiert. Deshalb halten wir es für sachgerecht, dass der BGH in dem derzeit laufenden Verfahren diese Frage entscheidet. Selbstverständlich werden sich die Sparkassen an diese Entscheidung halten und die Rechtswirkung dieser Entscheidung akzeptieren.
- Wir akzeptieren aber nicht, dass sich jetzt eine Verwaltungsbehörde wie die BaFin auf den Stuhl des BGH setzen und selbst diese Rechtsfrage entscheiden will. Das ist eine Verletzung des Prinzips der Gewaltenteilung und widerspricht den Grundsätzen des Rechtsstaats. Alle Sparkassen – und nach meiner Kenntnis auch Genossenschaftsbanken – werden sich dagegen rechtlich zur Wehr setzen. Die BaFin überschreitet hier ihre Kompetenz deutlich.
Ich kann auch nicht recht nachvollziehen, warum die BaFin in der aktuellen Situation einen solch verfassungsrechtlich bedenklichen Weg einschlägt. Auch als beaufsichtigte Institute sind wir daran interessiert, dass die BaFin ihre Reputation stärkt und nicht schwächt.

Verbundstrukturen

Zweitens ein anderes aktuelles Thema: unsere Verbundstrukturen. Konkret: das Sparkassenzentralinstitut. Die Zusammenführung von Landesbanken in einem Sparkassenzentralinstitut war richtig, ist richtig und bleibt richtig.

Ich halte an diesem Ziel ohne Abstriche fest. Dass das ein DSGVO-Präsident nicht allein erreichen kann, sondern insbesondere die beteiligten Bundesländer und die verschiedenen Träger auf Sparkassenseite mit im Boot sein müssen, habe ich nie verschwiegen. Ich habe auch nie behauptet, dass dies ein einfacher Weg sein werde. Jedem, der sich ernsthaft und intensiv damit beschäftigt, muss das klar sein. Das ist also kein Thema für schnelle Überschriften.

Nun hat sich durch Corona etwas Wesentliches verändert: Niemand wird in einer wirtschaftlichen Krise ernsthaft erwägen, Banken zu fusionieren. Denn natürlich sind Risiken derzeit sehr schwer abzuschätzen. Das verkompliziert den ohnehin schon schwierigen Prozess noch mehr. Deshalb können wir das Vorhaben erst wieder aufnehmen, wenn die Risiken aus der Corona-Pandemie sicher abschätzbar sind. Alles andere wäre nicht vernünftig.

Sobald dies aber ausreichend kalkulierbar ist, müssen und werden wir das Vorhaben wieder aufgreifen. Natürlich wird dies weiter vorbereitet – das wird aber nicht jeden Tag eine neue Information für die Medien produzieren. Und auch beim Neustart des Vorhabens wird dessen Erfolg davon abhängig sein, dass

- die Sparkassen in allen Regionen das wollen,
- die Regionalverbände als Miteigner der Landesbanken das vorantreiben
- und die Bundesländer das ermöglichen.

Sie können aber sicher sein: Dafür werde ich arbeiten, überzeugen und streiten.
Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!